

Wie prägen Emotionen Politik und Wähler?

Es ist eine der zentralen Fragen unserer Zeit: Wie sehr sind Politik und Emotionen heute miteinander verquickt? Gefühle sind die Währung von Populisten. Zugleich votieren immer mehr Wähler „aus dem Bauch heraus“. Eine politikwissenschaftliche Tagung an der Saarbrücker Uni geht der Rolle der Emotionen nächste Woche auf den Grund. Wie deuten die Forscher die Gegenwart?

VON CHRISTOPH SCHREINER

SAARBRÜCKEN Wie sehr werden Gefühlslagen über den Ausgang der Europawahl entscheiden? Es ist ein alter Hut: Wer im Wahlkampf überzeugend Gefühle adressiert, steigert seine Aussichten. Wut, Angst oder Enttäuschung: Emotionale, „aus dem Bauch“ getroffene Wahlentscheidungen nehmen zu. Extremistische Parteien wie die AfD (und ähnliche Rechtsparteien in Europa) profitieren davon. Zumal in unsicheren Zeiten: sicherheitspolitisch, ökonomisch, ökologisch und im Hinblick auf die populistische Unterwanderung von Demokratien. Andererseits: In Krisenzeiten ist nichts wichtiger als Vertrauen, eine Domäne etablierter Parteien.

Weil beides ineinandergreift, führen Krisenzeiten zu Polarisierungen und stärkeren Affektlagen. Soweit besteht Konsens in der heutigen Gesellschaftsforschung. All das heißt: Je undurchsichtiger, angespannter, unbefriedigender die politisch-gesellschaftliche Lage, desto eher lassen sich Bürger abseits von Fakten, Rationalität und Kalkül auch von Gefühlen leiten. Wer sich bedroht fühlt, fragt meist umso mehr Sicherheit und Verlässlichkeit. Wer sich nicht repräsentiert wähnt, neigt nicht selten zu Verbitterung und Protesthaltungen, wird aber vielleicht auch selbst politisch aktiv (Alleine für die Europawahl kandidieren 35 Parteien). Wer einfachen Wahrheiten aufsitzt, ist anfällig für Ressentiments, die in den geschlossenen Blasen sozialer Medien heute umso leichter gedeihen. Ob man nun an „Wutbürger“ oder die oft von viel Selbstgerechtigkeit getragene „Empörung-(Un-)Kultur“ heute denkt, klar ist: Gefühlsmanagement ist längst Teil der Politik geworden.

Greenpeace gegen Rodungspläne für Forschungscampus

SAARBRÜCKEN (cis) „Stoppt die Rodung“ ist auf einem Transparent oberhalb des Stuhlsatzhausweges zu lesen. Vermutlich steht es dort am Waldrand, seit der Saarbrücker Stadtrat Mitte März den Bebauungsplan „Nördlich Stuhlsatzhaus“ für den dort geplanten neuen Forschungscampus der Universität abgesegnet hat (wir berichteten). Gegen die absehbaren Rodungsmaßnahmen hat Greenpeace Saar vor wenigen Wochen vor der Uni-Mensa protestiert.

Greenpeace kritisiert die mit der Realisierung des Forschungscampus verbundene Abholzung von möglicherweise bis zu 16 Hektar Kern- und Biotopverbundwald. „Das entspricht über 22 Fußballfeldern altem Wald“, heißt es in einer Stellungnahme der Naturschützer. „Ausgehend von den ältesten noch stehenden Bäumen“ sei das Waldstück „mindestens 180 Jahre alt und somit durch eine sechs Kilometer entfernte ‚Ausgleichsfläche‘ auf grüner Wiese faktisch nicht zu kompensieren“. Im 2019 geschlossenen Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Grünen habe es seinerzeit noch geheißen: „Der ‚Urwald vor den Toren der Uni‘ soll sukzessive wachsen“, zitiert Greenpeace aus der damaligen Vereinbarung. Kritik an den Rodungsplänen hat auch der BUND geübt.



Ein Tiefpunkt an emotionalen Entgleisungen bei Protesten in jüngerer Zeit: Der politische Aschermittwoch der baden-württembergischen Grünen musste im Februar nach eskalierenden Protesten, bei denen auch Polizeibeamte verletzt wurden, abgesagt werden.

FOTO: SILAS STEIN/DPA

Kurz nach der Europawahl will eine politikwissenschaftliche Tagung an der Universität des Saarlandes das komplexe Wechselspiel zwischen Politik und Emotionen thematisieren. Drei Tage lang treffen sich vom 11. bis 13. Juni rund 60 internationale Forscher. „Wir wollen das Feld auf den neuesten Stand bringen“, umreißt Georg Wenzelburger, der seit Ende 2022 in Saarbrücken eine Professur für vergleichende Europaforchung hat und mit seinem Lehrstuhl die Tagung organisiert, deren Ziel. Die Konferenz ist der erste Aufschlag des dreijährigen, von der EU mit 2,8 Millionen Euro geförderten und von Wenzelburger koordinierten Forschungsprojekts „Protemo“, an dem Partneruniversitäten aus Dänemark, England, Israel, Polen und Portugal beteiligt sind (SZ vom 19. Februar).

Sieht man sich die elf Panelthemen der Konferenz näher an, fragt man sich, weshalb das nicht-wissenschaftliche Publikum ausgeschlossen bleibt. Sicher, das ist bei Fachtagungen üblich. Auch wird die Konferenzsprache Englisch sein. Dennoch: Viele Aspekte, die in Saarbrücken debattiert

werden, wären von allgemeinem Interesse. Gleich das erste Panel unter dem Titel „Emotionales Verantwortungsbewusstsein: Politische Reaktionen auf subjektive Unsicherheit und europäische Integration“ verspricht erhellende Impulse zur Beantwortung einer Grundfrage: Inwieweit müssen Regierungen heute emotionale Befindlichkeiten stärker, glaubhafter berücksichtigen? „Während viel Tinte über die Reaktionsfähigkeit der Politik vergossen wurde, indem Daten zur öffentlichen Meinung mit Daten zum politischen Output (öffentliche Ausgaben, Gesetze) abgeglichen wurden, fehlt uns ein Verständnis der emotionalen Reaktionsfähigkeit – das heißt, wie Politiker auf emotionale Signale reagieren, die sie von der Öffentlichkeit erhalten“, schreibt Wenzelburger in der Panel-Ankündigung.

Die vorliegenden Kurzfassungen der Vorträge zeigen, wie groß das Analysespektrum der Tagung ist. Am Beispiel des Ukrainekrieges untersuchen etwa politische Psychologen der Universitäten von Warschau und Krakau, inwieweit von den Konfliktparteien aus der Berichterstattung

„globale soziale Identitäten“ konstruiert werden, die laut Katarzyna Hamer und Karolina Marcinkowska „zu einem immer wichtigeren Faktor bei der Lösung globaler Probleme werden“. Mit anderen Worten: Der Ukrainekrieg verschärft, global betrachtet, Lagerbildungen. Eine interessante These bringt auch Jasper Praet (Ghent University) mit: Ausgehend von dem Forschungskonsens, dass Bedrohungssituationen autoritäre Einstellungen aktivieren, untersucht er, ob Klimaaktivisten angesichts der



Prof. Georg Wenzelburger organisiert die Wissenschaftstagung. FOTO: MOHR/UDS

ökologischen Bedrohung ihrerseits Ressentiments gegenüber ideologischen Abweichlern hegen.

Vielversprechend klingt auch der Forschungsansatz von Johann Chacko und Azeema Cheema (University of London): Als Ursache mittlerweile verbreiteter Phänomene wie Hassreden, Ausgrenzungen und Polarisierungen sehen sie die „Übernahme antagonistischer Politikformen“ à la „Volk vs. Feinde des Volkes“, die für sie wiederum eine Folge eines grundsätzlichen politischen Legitimitätsverlusts ist. Nicht wirklich neu, doch plausibel ist der Forschungsansatz von Koen Abts und Julius Roggenhofer (Universität Leuven). Sie gehen davon aus, dass „kulturell Andere“ und das Establishment umso eher zu Sündenböcken erklärt werden, wie sich unter Einheimischen ein Desintegrationsempfinden breitmacht, das in Form von Ressentiments dann „den Weg für die Entstehung eines ethnopolitischen Habitus ebnet“.

So sehr die emotionale Polarisierung der politischen Eliten auch „einen Keil zwischen die Wähler treibt“, so Alex Hartland (Postdoc am Saar-

Nachhaltiges Mittelalter: Annette Kehnel Lehren

SAARBRÜCKEN (cis) Ob Veganismus, Konsumminimierung, Urban Gardening – alles schon mal dagewesen. Als die Mannheimer Mediävistin Annette Kehnel, die an der Universität Mannheim den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte innehat, vor drei Jahren ihr (seinerzeit mit dem NDR-Sachbuchpreis ausgezeichnetes) Buch „Wir konnten auch anders. Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit“ vorlegte, öffnete dies manchen die Augen: Ressourcenschonendes, nachhaltiges und gemeinnütziges Denken hat jahrhundertlang unser Handeln bestimmt. Materialrecycling, Kreislaufwirtschaft, Secondhandmärkte, Mikrokredite oder Crowdfunding: All das gab es bereits im Mittelalter.

Die Quintessenz daraus: Um mit unserer Zukunft besser umzugehen, lohnt es sich, genauer in die Vergangenheit zu blicken und daraus ein paar Lehren zu ziehen. Am kommenden Mittwoch (5. Juni, 18 Uhr) wird Annette Kehnel im Rahmen der Saarbrücker Vorlesungsreihe „Raumschiff Erde – Nachhaltigkeit“ in einem Vortrag wichtige Thesen ihres Buches zusammenfassen (Gebäude C4 3, Hörsaal Chemie). Der Vortrag ist auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich.

Sommerhilfe: Essen für Studierende in Not gesichert

SAARBRÜCKEN (SZ) Ab diesem Monat können Studierende der Universität des Saarlandes, die unter großen Geldsorgen leiden, bis September erneut täglich eine kostenlose Mahlzeit in der Mensa erhalten. Koordiniert wird das Projekt durch den Allgemeinen Studierendenausschuss (AsStA) und das Studierendenwerk. Dank einer großzügigen Spende der Saarbrücker Universitätsgesellschaft sowie des Rotary Clubs Saarbrücken kann das Programm damit zum zweiten Mal auch im Sommersemester umgesetzt werden. Studierende der Universität, die nur sehr wenig Geld fürs Studium zur Verfügung haben, können sich an den AsStA wenden. Dieser überprüft, ob sie sich in einer Notlage befinden, mit der sie Anspruch auf eine Aktionskarte für die Mensa haben. Mit ihr erhalten sie vier Monate lang täglich kostenlos ein vegetarisches Menü. Die Aktionskarten sind nummeriert und werden mit der Matrikelnummer der Studierenden versehen. Bei der Essensausgabe muss die Karte mit dem Studierendenausweis vorgelegt werden. Im Sommersemester ihres Buches zusammenfassen (Gebäude C4 3, Hörsaal Chemie). Der Vortrag ist auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich.

Neues Uni-Graduiertenkolleg forscht zur Selbstregulation

SAARBRÜCKEN (SZ) 17 neue Graduiertenkollege werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ab Herbst dieses Jahres bis 2029 mit insgesamt 123 Millionen Euro gefördert – eines davon wird an der Universität des Saarlandes angesiedelt sein. In dem künftigen Saarbrücker Graduiertenkolleg werden Doktorandinnen und Doktoranden der Psychologie und der Bildungswissenschaften ab kommenden Oktober untersuchen, wie sich verschiedene Konzepte der Selbstregulation – Balance und Flexibilität – auf das Einlösen von Zielen und auf unser Wohlbefinden auswirken.

Menschen reagieren bekanntlich sehr unterschiedlich, wenn sie vor Herausforderungen im Leben gestellt werden. Während manche dazu neigen, ein Ziel stur zu verfolgen, reagieren andere flexibler und sind auch mal bereit, neue oder auch unorthodoxe Wege zum Erreichen eines Ziels zu nehmen. Ein generelles Problem dabei: Wird ein bestimmtes Ziel mit aller Konsequenz verfolgt, geraten andere Pläne im Leben mitunter derart ins Hintertreffen, dass die innere Balance verlorengeht und damit das Wohlbefinden sinkt. Wie viel Balance ist notwendig? Wie viel Flexibilität ist ratsam?

Zunächst werden elf Doktorandinnen und Doktoranden in dem neuen Saarbrücker Graduiertenkolleg „Flexibilität und Balance als Merkmale adaptiver Selbstregulation“ daran forschen, wie sich beide Konzepte – Balance und Flexibilität in der Selbstregulation – auswirken. Nach zwei Jahren wird dann eine weitere Kohorte von elf Doktorandinnen und Doktoranden ihre Arbeit im Kolleg aufnehmen. Während die Bedeutung von Flexibilität und Balance in der psychologischen Forschung unstrittig ist, ist bislang weitgehend unklar, wie es Menschen gelingt, sich entsprechend zu regulieren.

„Die Promotionsprojekte untersuchen ein breites Spektrum innovativer Forschungsfragen, die von den genetischen Grundlagen von Flexibilität bis hin zur Rolle von Balance in grundlegenden Aufmerksamkeitsprozessen reichen. Weiterhin soll untersucht werden, welche Rolle Flexibilität und Balance in verschiedenen Alltagskontexten und bei der Bewältigung traumatischer Erfahrungen spielen“, fasst der Sprecher des Graduiertenkollegs, Professor Malte Frieze, zwei zentrale Themenfelder zusammen, die in den kommenden fünf Jahren erforscht werden sollen.

brücker Lehrstuhl von Prof. Daniela Braun), sollte nicht ganz vergessen werden, dass Emotionen auch auf positive Weise politisieren können, wie etwa unlängst erst die Bürgerproteste gegen die Remigrationsphantasien der AfD gezeigt haben. Sie geben vielen „ein Gefühl der Hoffnung“.

Liest man alle elf Panel-Zusammenfassungen, lassen sich wiederkehrende Ansätze in der aktuellen politischen Emotionsforschung ausmachen: Zum einen geraten immer häufiger „emotionale Entrepreneur“ in den Blick, die die politische Agenda voranzutreiben versuchen, indem sie sich erwartbare Emotionen in politischen Prozessen zu Nutze machen. Die Manipulationsstrategien solcher Gefühlsunterhändler sollen künftig genauer erforscht werden. Und damit, so Georg Wenzelburger, auch die bislang unterbelichtete Frage, „wie viel Emotionen mit politischen Inhalten zu tun haben“. Zum anderen geraten zunehmend auch marginalisierte Gruppen (Migranten, aber auch politische Aktivistinnen oder People of Color) in den Blick. Hier zielt die Forschung etwa darauf, wie solchen Randgruppen – auch staatlicherseits – emotionale Bindungen zuteilwerden können. Einen Weg dahin könnte soziale Empathie weisen. Kurzum: Den Tagungsthemen fehlt es nicht an gesellschaftlicher Relevanz.

Wenzelburger betont im SZ-Gespräch, dass „die Zivilgesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt in das Forschungsprojekt eingebunden werden soll“. Auch dann allerdings wird es nur ein handverlesener Teilnehmerkreis sein – sowohl in den geplanten Präsenzworkshops mit „Stakeholdern“, „Problemviertel“-Bewohnern oder NGO-Vertretern als auch in den Projektworkshops mit „Experten und BürgerInnen“. Wer sich für den Zusammenhang von Politik und Emotionen interessiert, dem bleibt vorerst daher nur ein Zugang: Die „Keynote Speech“ (Gastvortrag) der Tagung am 11. Juni (18 Uhr, Aula) ist auch für ein interessiertes Publikum zugänglich. Die US-Politikwissenschaftlerin Bethany Albertson von der University of Texas, Co-Autorin des Buchs „Anxious Politics“, referiert auf Englisch über „What Counts as Protection in an Age of Insecurity?“ („Was gilt als Schutz in einem Zeitalter der Unsicherheit?“). Die Antwort fällt je nach Motivlage unterschiedlich aus. Ein Beispiel: Wer Angst vor Multikulturalität hat, wird sich in eine restriktive Flüchtlingspolitik flüchten. Wer Errungenschaften offener Gesellschaften schützen will, hingegen gegen die Aushöhlung der Asylgesetzgebung sein.

Infoveranstaltung zum Juniorstudium an Saarbrücker Uni

SAARBRÜCKEN (SZ) Das Abitur noch nicht in der Tasche, aber schon studieren? Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 11 und 12 können als Juniorstudierende an der Universität des Saarlandes ein Studienfach testen, Vorlesungen besuchen und sogar Prüfungen ablegen. Der nächste Starttermin ist das Wintersemester. Für alle Interessierten bietet die Saarbrücker Uni am 4. Juni um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung zum Juniorstudium in der Aula (Gebäude A3 3). Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

In einem Kurzvortrag werden grundlegende Fragen zur Bewerbung und zum Ablauf des Juniorstudiums, der Vereinbarkeit mit schulischen Verpflichtungen sowie wählbaren Studienfächern beantwortet. Auf dem anschließenden Infobasar werden Beratungsgespräche zu einzelnen Studienfächern angeboten. Die Bewerbung für ein Juniorstudium erfolgt über ein Online-Formular vom 15. Juli bis 1. September über das SIM-Portal der Universität des Saarlandes.

Infos unter: www.juniorstudium.de

Produktion dieser Seite:

Christoph Schreiner
Vincent Bauer